

## **Rede von Dr. Shirin Ebadi anlässlich der Verleihung des Roland Berger Preises für Menschenwürde am 21. April 2009**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
Sehr geehrter, lieber Herr Prof. Berger,  
Exzellenzen,  
Sehr verehrte Damen und Herren,

es ist eine große Ehre für mich, dass die Roland Berger Stiftung meiner bisherigen Arbeit Anerkennung und Lob spendet. Die Verleihung des „Roland Berger Preises für Menschenwürde“ gilt allen Menschen, die in den vergangenen 50 Jahren für die Menschenrechte im Iran und die Demokratisierung des Landes gekämpft haben.

Ich möchte nicht versäumen, der internationalen Organisation „Reporter ohne Grenzen“ meine Glückwünsche für den Erhalt des „Roland Berger Preises für Menschenwürde“ auszusprechen. Seit Jahren kämpft diese Organisation in vielen Ländern der Welt für Rede- und Meinungsfreiheit und hat diesbezüglich auch in meinem Heimatland Iran Großartiges geleistet. Möge die Verleihung dieses Preises ein wirkungsvoller Schritt zur Realisierung der Ziele dieser Organisation sein.

Meine Damen, meine Herren,

Meinungs- und Redefreiheit ist das wichtigste Prinzip im Zusammenhang mit den Menschenrechten und die erste Stufe zur Errichtung einer Demokratie. Dabei denke ich natürlich vor allem an die Meinungs- und Redefreiheit für Oppositionelle, denn die Parteigänger und Anhänger einer Regierung genießen stets alle Freiheiten, diese zu rühmen und zu preisen. Es sind also die Gegner einer Regierung, die das Recht haben müssen, ihre Überzeugungen so zum Ausdruck zu bringen, wie es ihnen richtig erscheint.

Bedauerlicherweise ist die freie Meinungsäußerung in vielen Ländern der Welt eingeschränkt. In diesen Ländern werden Schriftsteller, Journalisten und Menschenrechtler wegen ihrer Überzeugungen ins Gefängnis gesteckt, ins Exil geschickt oder sogar umgebracht. Derartige Einschränkungen existieren auch in meiner Heimat. Zum Beispiel können Bücher im Iran nur mit schriftlicher Genehmigung des Ministeriums für Kultur und Islamische Führung veröffentlicht werden. Das heißt, keinem Verlagshaus ist erlaubt, ein Buch ohne diese offizielle Zustimmung herauszubringen. Und selbst wenn die Genehmigung erteilt wird, kann es passieren, dass der Staatsanwalt und das Gericht sich dennoch weigern, die Druckerlaubnis zu akzeptieren, ja sogar den Autor und den Verleger ahnden. Die Zensur im Iran ist dermaßen heftig, dass man sich nur wundern kann. Beispielsweise ist es verboten, auch nur die leiseste Kritik an der Verfassung der Islamischen Republik in der Presse zu veröffentlichen – Zuwiderhandlung führt zu Beschlagnahme und Einstellung der betreffenden Zeitung oder Zeitschrift.

Viele Internetseiten werden mit Filtern kontrolliert oder gesperrt. Hierzu gehören jene, die sich mit Frauenrechten im Iran befassen. Leider wurden

auch einige Blogger verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Einen von ihnen möchte ich nennen und in Ehren halten: Omid Reza Mirsafi, ein junger Mann, der wegen einer kritischen politischen Äußerung auf einer Internetseite zu drei Jahren Haft verurteilt wurde. Einige Tage nach seiner Einlieferung ins Gefängnis am 18. März 2009 kam er auf mysteriöse Weise ums Leben.

Unter diesen Bedingungen ist es extrem wichtig, dass Nachrichten über solche Vorkommnisse die Weltöffentlichkeit erreichen. Deshalb möchte ich der internationalen Organisation „Reporter ohne Grenzen“, die uns in diesem Sinne geholfen hat, meinen Dank aussprechen.

Meine Kollegen und ich haben vor Jahren den Verband Iranischer Menschenrechtler gegründet, dessen Vorsitz mir obliegt. Unser Ziel ist, politische Gefangene und Menschen, die wegen ihrer Überzeugungen verfolgt werden, unentgeltlich zu verteidigen und ihre Angehörigen zu unterstützen. Darüber hinaus gibt der Verband alle drei Monate einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen im Iran heraus. In den vergangenen drei Jahren hat die iranische Regierung keinem Berichterstatter der Menschenrechtsorganisation der Vereinten Nationen ein Visum gewährt. Aus diesem Grund musste der UN-Generalsekretär in seinem Bericht an die Vollversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 2008 auf die Berichte unseres Verbandes Bezug nehmen. Daraufhin verabschiedete die UN-Vollversammlung eine Resolution, in der sie die iranische Regierung beschuldigte, Menschenrechte mehrfach und systematisch verletzt zu haben, und sprach zugleich Empfehlungen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation im Iran aus. Einige Tage nach Verabschiedung dieser Resolution wurde das Büro unseres Verbandes auf Geheiß der Regierung geschlossen und plombiert. Kurz darauf wurde mein persönliches Anwaltsbüro von einer Horde von Menschen besetzt. Ich benachrichtigte die staatlichen Ordnungskräfte. Einige Polizisten, die daraufhin vor Ort erschienen, begnügten sich jedoch damit, die Randalierer mit einem Lächeln zu beobachten.

Zwar hat die Vorgehensweise der iranischen Regierung nicht dazu geführt, dass meine Kolleginnen und Kollegen ihre Aktivitäten reduzieren, doch sie erschwert die Fortsetzung unserer Arbeit. Ich bin aber zuversichtlich, dass die Verleihung des „Roland Berger Preises für Menschenwürde“ uns bei der Wiedereröffnung des Büros des Verbandes Iranischer Menschenrechtler helfen wird.

Es ist beklagenswert, dass die Regierung der Islamischen Republik Iran so wenig Toleranz gegenüber Menschenrechtsaktivisten zeigt. Als Beispiel kann ich den Fall eines meiner Klienten anführen: Mohammad Sadigh Kabudvand wurde kurzerhand zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, nur weil er einen Verein für Menschenrechte in Kurdistan gegründet hatte.

Meine Protestaktionen und die der anderen Menschenrechtler im Iran basieren auf der Tatsache, dass die iranische Regierung die internationale Konvention zum Schutz der Menschenrechte unterzeichnet und sich verpflichtet hat, diese zu respektieren. Folgerichtig müsste sie ihr eigenes Verhalten und ihre Gesetzesvorschriften den Kriterien der Menschenrechtserklärung anpassen. Beispiele für solche Gesetzesvorschriften sind Strafmaßnahmen wie Steinigen, Abhacken der

Hände von Dieben, Peitschen und Hinrichtung von Jugendlichen unter 18 Jahren. Diese Gesetze wurden nach der Gründung der Islamischen Republik ratifiziert und für rechtskräftig deklariert.

Des Weiteren sind jene ungehörigen und diskriminierenden Gesetze zu nennen, die dazu geführt haben, dass die Rechte der iranischen Frauen mit Füßen getreten werden. Beispielsweise jene Gesetze, nach denen das Leben einer Frau halb so viel wert ist wie das eines Mannes und die Aussage eines Mannes vor Gericht den Aussagen von zwei Frauen gleichwertig ist. Solche diskriminierenden Vorschriften gibt es reichlich.

Die Islamische Republik rechtfertigt die Durchsetzung solcher Gesetze mit dem Argument, dass sie der islamischen Scharia zu folgen habe. Diese Argumentation ist jedoch falsch, da solche Gesetze in den meisten islamischen Ländern wie Malaysia, Indonesien, Marokko und Tunesien schon von Jahren abgeschafft wurden. Die Regierung der Islamischen Republik und ihre gesetzgebenden Organe müssen sich daher die Frage gefallen lassen, ob nur sie allein zum Verständnis und Auslegen der Scharia befähigt sind und ob die Muslime in anderen islamischen Ländern den falschen Weg eingeschlagen haben.

Glücklicherweise haben wir in den letzten Jahren auch einige Erfolge zu verzeichnen. Zum Beispiel konnten wir erreichen, dass das Gesetz über das Sorgerecht für minderjährige Kinder zugunsten der Mütter reformiert wurde. Dennoch sind wir uns darüber im Klaren, dass wir bis zum Erreichen unserer Ziele hinsichtlich der Menschenrechte noch einen mühsamen Weg vor uns haben. Zugleich ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass wir trotz aller Schwierigkeiten, mit denen wir im Iran konfrontiert sind, gegen ein militärisches Eingreifen sind, ja sogar gegen die Drohung mit einem Angriff. Denn die Regierung würde dann - unter dem Vorwand, die nationale Sicherheit wahren zu wollen -, mehr denn je die Demokraten unterdrücken und jedwede kritische Stimme im Keime ersticken.

Wir sind Augenzeugen dafür, dass die militärischen Offensiven gegen Irak und Afghanistan nicht zu mehr Demokratie und mehr Menschenrechten in diesen Ländern geführt haben. Ganz im Gegenteil, sie waren Anlass zu noch mehr Terrorismus, Fundamentalismus und Kämpfen. In allen Fällen sind die Opfer unschuldige Zivilisten.

Zur Zeit ist die Welt mit zwei großen Gefahren konfrontiert: Terrorismus und Armut. Diese sind wie Krebszellen, die sich unaufhörlich vermehren, und wenn wir nichts dagegen unternehmen, werden wir sehr bald die Wiederholung der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts erleben, des katastrophalsten Jahrhunderts der Menschheitsgeschichte. Um Terrorismus und Armut entgegenzuwirken, gibt es keine andere Wahl: Wir müssen die Grundrechte für alle Menschen unabhängig von Rasse, Geschlecht, Nationalität und sozialer Stellung definieren und sicherstellen.

In der Hoffnung, dass die Weiterverbreitung der Menschenrechte die Welt vor dem Untergang retten möge, danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.